

Analysen und Dokumente  
Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten  
Band 8

# Analysen und Dokumente

Wissenschaftliche Reihe

des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Herausgegeben von der Abteilung Bildung und Forschung

Redaktion:

Siegfried Suckut, Clemens Vollnhals, Walter Süß, Roger Engelmann

# Staatspartei und Staatsicherheit

Zum Verhältnis von SED und MfS

Herausgegeben von  
Siegfried Suckut und Walter Süß

Ch. Links Verlag, Berlin

**Ch.Links**

Die Meinungen, die in dieser Publikationsreihe geäußert werden,  
geben ausschließlich die Auffassungen der Autoren wieder.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage 1997

© Christoph Links Verlag GmbH

Schönhauser Allee 36, 10435 Berlin, Tel. (030) 44 02 32-0

Internet: [www.linksverlag.de](http://www.linksverlag.de); [mail@linksverlag.de](mailto:mail@linksverlag.de)

Reihenentwurf: KahaneDesign, Berlin

Satz: Ch. Links Verlag

ISBN 978-3-86284-040-3

# Inhalt

<b>Einleitung</b>	7
<i>Jens Reich</i> <b>Sicherheit und Feigheit – der Käfer im Brennglas</b>	25
<i>Norman Naimark</i> <b>Moskaus Suche nach Sicherheit und die sowjetische Besatzungszone 1945–1949</b>	39
<i>Roger Engelmann</i> <b>Diener zweier Herren</b> Das Verhältnis der Staatssicherheit zur SED und den sowjetischen Beratern 1950–1959	51
<i>Peter Erler</i> <b>Zur Sicherheitspolitik der KPD/SED 1945–1949</b>	73
<i>Thomas Klein</i> <b>SED-Parteikontrolltätigkeit in den vierziger Jahren</b>	89
<i>Silke Schumann</i> <b>Die Parteiorganisation der SED im MfS 1950–1957</b>	105
<i>Jens Gieseke</i> <b>Erst braun, dann rot?</b> Zur Frage der Beschäftigung ehemaliger Nationalsozialisten als hauptamtliche Mitarbeiter des MfS	129
<i>Siegfried Suckut</i> <b>Generalkontrollbeauftragter der SED oder gewöhnliches Staatsorgan?</b> Probleme der Funktionsbestimmung des MfS in den sechziger Jahren	151

<i>Armin Wagner</i> <b>Der Nationale Verteidigungsrat der DDR als sicherheitspolitisches Exekutivorgan der SED</b>	169
<i>Karl Wilhelm Fricke</i> <b>Das MfS als Instrument der SED am Beispiel politischer Strafprozesse</b>	199
<i>Clemens Vollnhals</i> <b>Der Schein der Normalität</b> Staatssicherheit und Justiz in der Ära Honecker	213
<i>Walter Süß</i> <b>Politische Taktik und institutioneller Zerfall</b> MfS und SED in der Schlußphase des Regimes	249
<i>Hans-Hermann Hertle</i> <b>Wußte der eine, was der andere tat?</b> SED und MfS beim Mauerfall	271
<i>Klaus-Dietmar Henke</i> <b>Menschliche Spontaneität und die Sicherheit des Staates</b> Zur Rolle der weltanschaulichen Exekutivorgane in beiden deutschen Diktaturen und in den Reflexionen Hannah Arendts	293
<i>Lutz Niethammer</i> <b>Die SED und „ihre“ Menschen</b> Versuch über das Verhältnis zwischen Partei und Bevölkerung als bestimmendem Moment innerer Staatssicherheit	307
<b>Anhang</b>	
Abkürzungsverzeichnis	341
Personenregister	345
Angaben zu den Autoren	349

# Einleitung

## Staatspartei und Staatssicherheit

„Staatspartei und Staatssicherheit“ war das Thema der Jahrestagung der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, die im Mai 1996 im Zentrum Berlins an geschichtsträchtigen Ort stattfand, im Gebäude des ehemaligen DDR-Innenministeriums in der Mauerstraße. Die gut einhundert Teilnehmer, überwiegend Zeithistoriker aus dem In- und Ausland, informierten sich über neue Forschungsergebnisse und diskutierten unterschiedliche Forschungsansätze. Für die Wissenschaftler der Abteilung Bildung und Forschung sind diese Tagungen mit ihrem Werkstatt-Charakter eine Gelegenheit, eigene Arbeitsergebnisse in gebündelter Form zur Debatte zu stellen. Die meisten Referate liegen in diesem Band in überarbeiteter Form vor.

Das jeweilige Verhältnis von MfS und SED zu bestimmen, ist in den Forschungsprojekten der Abteilung eine zentrale Aufgabe, da die Partei das Rückgrat der Diktatur und Auftraggeberin des MfS war.<sup>1</sup> Im konkreten Einzelfall und im Detail bedarf es noch gründlicher Studien, weil zum Beispiel das Funktionieren der Diktatur auf regionaler Ebene weitgehend unerforscht ist. Das Verhältnis von Partei und Staatssicherheit auf zentraler Ebene ist in institutioneller Hinsicht – mit Ausnahme der ersten Jahre der DDR – grundsätzlich geklärt.<sup>2</sup> Doch wie tatsächlich kooperiert worden ist und zu welchen Differenzen es dabei zwischen Sicherheitsapparat und Parteiführung kam, ist noch ein weites Forschungsfeld, wobei diese Konflikte in späteren Jahren wahrscheinlich nie mehr die Schärfe hatten wie in der Aufbauphase der Staatssicherheit die Auseinander-

- 1 Vgl. die einschlägigen Beiträge in dem Sammelband zur ersten Tagung der Abteilung Bildung und Forschung 1994 Klaus-Dietmar Henke und Roger Engelmann (Hrsg.): Aktenlage. Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung, Berlin 1995.
- 2 In dieser Beziehung ist noch immer grundlegend Karl Wilhelm Fricke: Die DDR-Staatssicherheit. Entwicklung Strukturen Aktionsfelder, Köln 1982; auf neuer Quellenbasis ders.: Das Ministerium für Staatssicherheit als Herrschaftsinstrument der SED, in: Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, hrsg. von Klaus Schönhoven und Dietrich Staritz, Köln 1993, S. 399–414. Zur spezifischen Problematik der doppelten Subordination des Staatssicherheitsdienstes unter SED und sowjetische Geheimdienste vgl. den Beitrag von Roger Engelmann in diesem Band.

setzungen zwischen Ulbricht und den Ministern Zaisser (1953) und Wollweber (1957).<sup>3</sup>

SED und Staatsapparat waren aufs engste miteinander verwoben, der Staatsapparat der DDR war in gewisser Hinsicht sogar ein Werk der SED – und selbstverständlich der sowjetischen Besatzungsmacht. Aber dominant war die Partei und nicht der Staat, anders als in manchen Militärdiktaturen, in denen der Staat sich Parteien als Integrationsinstrumente für politische Kräfte schafft, die sonst unkontrolliert aus der Gesellschaft erwachsen könnten. In der DDR war es – wie in allen osteuropäischen Diktaturen nach dem Zweiten Weltkrieg – gerade umgekehrt: Die kommunistische Partei hat sich der Reste des alten und der Ansätze des neuen Staatsapparates bemächtigt und sie für ihre Ziele funktionalisiert.<sup>4</sup> Deshalb wäre es präziser, anstelle von „Staatspartei“ von einem „Parteistaat“ zu sprechen. Die Bezeichnung des Staates als das „Hauptinstrument der von der Arbeiterklasse geführten Werktätigen“<sup>5</sup> (womit selbstredend die „Partei der Arbeiterklasse“ gemeint war) durch den langjährigen Leiter der Abteilung Staat und Recht im ZK der SED drückt dieses Staatsverständnis in ideologischer Sprache aus.

Warum aber ist die sich absolut setzende Partei in ihrem instrumentellen Staatsverständnis nicht noch einen Schritt weiter gegangen und hat sich den Staat gänzlich einverleibt? Weshalb wurde die Doppelung der Diktatur in Partei und Staat nach der Machteroberung beibehalten? Ein Blick auf die Geschichte des kommunistischen Systems erhellt die Bedeutung dieser Frage.<sup>6</sup> Unter Stalin wäre es in der Sowjetunion der dreißiger und vierziger Jahre möglich gewesen, beide zu verschmelzen, genauer gesprochen: den Staat in der Parteibürokratie aufzusaugen. Ideologisch hätte man das als „historischen Fortschritt“, als „Absterben des Staates“

3 Zum Forschungsstand bezüglich der Staatssicherheit generell siehe den Überblicksartikel von Roger Engelmann: Forschungen zum Staatssicherheitsdienst der DDR – Tendenzen und Ergebnisse, in: Wolfgang Krieger und Jürgen Weber (Hrsg.): Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges, München und Landsberg 1997, S. 181–212; vgl. auch Hildegard von Zastrow: Bibliographie zum Staatssicherheitsdienst der DDR, BStU, BF informiert Nr. 15, Berlin 1996.

4 Vgl. Hugh Seton-Watson: The East-European Revolution, New York 1961; Jörg K. Hoensch: Sowjetische Osteuropapolitik 1945–1975, Düsseldorf 1977; Jens Hacker: Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939–1980, Baden-Baden 1983.

5 Klaus Sorgenicht: Staat, Recht und Demokratie nach dem IX. Parteitag der SED, Berlin (DDR) 1976, S. 42, zitiert nach Gero Neugebauer: Partei und Staatsapparat in der DDR. Aspekte der Instrumentalisierung des Staatsapparats durch die SED. Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin Bd. 29, Opladen 1978, S. 89.

6 Der Vergleich der DDR-Entwicklung mit der in anderen osteuropäischen Diktaturen war allerdings bereits ein Defizit der alten DDR- und Deutschland-Forschung, an dem sich trotz der Fülle neuerer Arbeiten auf diesem Feld bisher leider kaum etwas geändert hat. Vgl. Christoph Kleßmann und Martin Sabrow: Zeitgeschichte in Deutschland nach 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 39/96, S. 3–14, hier 11.

deklarieren können.<sup>7</sup> Doch bis zum Ende wurde die staatliche Struktur im Parteiapparat dupliziert. Jedes Ministerium hatte eine übergeordnete ZK-Abteilung mit dem gleichen Tätigkeitsfeld; ähnlich war es auf der Bezirksebene.

Vielleicht bestand der „Sinn dieser allgemeinen Aufgabenverteilung“, bei der die Partei die Entscheidungen fällte und der Staatsapparat sie ausführte, darin, „die Parteierrschaft von politischer Verantwortung freizustellen“.<sup>8</sup> Unzweifelhaft war das aus Sicht des Regimes ein kurzfristig positiver Effekt. Er hatte allerdings auf längere Sicht für die Systemstabilität fatale Folgen: ein Zustand „organisierter Verantwortungslosigkeit“<sup>9</sup>, in dem eine strukturelle Unfähigkeit bestand, aus Fehlern zu lernen. Damit war ein grundsätzlicher Überlebensmechanismus jedes Systems außer Kraft gesetzt. Hannah Arendt, die sich die Frage nach der fortdauernden Trennung von Partei und Staat ebenfalls gestellt hat, argumentierte, die Differenz zwischen Staat und totalitärer Bewegung erlaube es, gegenüber der Weltöffentlichkeit, aber auch im eigenen Land, die „Fassade“ zu wahren.<sup>10</sup> Das leuchtet für die Anfangsphase des Systems ein, als seine internationale Stellung noch prekär, aber nicht mehr für das sowjetische Imperium nach 1945, als die Weltmachtposition der UdSSR unangefochten war. Entscheidend dafür, daß trotzdem an der Trennung festgehalten wurde, war wohl die fortdauernde Eigenlogik gesellschaftlicher Subsysteme, die auch ihren jeweiligen Regeln folgen mußten, um funktional zu bleiben, und nicht gänzlich in der Parteirationalität aufgehen konnten. Subsysteme wie Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und selbst das Recht

- 7 Ideologisch immanent gesehen bestand das Problem gerade darin, die Fortexistenz des Staates zu rechtfertigen, der eigentlich als „Überbauphänomen“ einer „Klassengesellschaft“ zu gelten hatte. Zu welcher eigenartigen Verrenkungen die sowjetische Staatstheorie sich deshalb genötigt sah, ist nachzulesen bei Friedrich-Christian Schroeder: Wandlungen der sowjetischen Staatstheorie, München 1979.
- 8 Georg Brunner: Staatsapparat und Parteierrschaft in der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Bd. II, S. 989–1029, hier 1002.
- 9 So Rudolf Bahro unter Bezug auf einen der führenden ungarischen Dissidenten, Andras Hegedüs; bei beiden Theoretikern hat dieser Begriff deskriptiven Charakter und eine den damaligen Umständen und vor allem Hoffnungen geschuldete eigenartige Blindheit. Als die Wurzel dieses Phänomens wurde von ihnen die Verselbständigung der staatlichen Teilbürokratie betrachtet, nicht etwa die Macht der kommunistischen Parteien. Von der Partei erhofften sie sich sogar, daß sie in reformierter und demokratisierter Form zum Instrument für „die Durchsetzung der gesellschaftlichen Kontrolle“, so Hegedüs, „über die Macht der Verwaltungsapparate“ werden könnte. Das bedeutete gleichsam, den Teufel mit dem Beelzebub austreiben zu wollen. Vgl. Rudolf Bahro: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln/Frankfurt/M. 1977, S. 134 und *passim*; Andras Hegedüs: Zur Untersuchung von Alternativen der gesellschaftlichen Entwicklung, in: Individuum und Praxis. Positionen der „Budapester Schule“, Frankfurt/M. 1975, S. 128–146.
- 10 Vgl. Hannah Arendt: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Bd. III: Totale Herrschaft, Frankfurt/M. u. a. 1975, S. 181f.

hatten – in welcher rudimentärer Form auch immer – ihre jeweiligen Codes. Das erkennt man am deutlichsten an den Versuchen, diese Codes ganz abzuschaffen und alles der unmittelbar wirksamen Ratio der Partei zu unterwerfen: im Rußland des „Kriegskommunismus“ hinsichtlich der Wirtschaft und in der Sowjetunion der frühen dreißiger Jahre in Bezug auf Wirtschaft und Wissenschaft; in der chinesischen Kulturrevolution der sechziger Jahre; und wohl am radikalsten im Kambodscha der Roten Khmer in den siebziger Jahren, wo auch Enklaven selbstbestimmten Lebens wie Ehe und Familie und selbst die Mutter-Kind-Beziehung politischen Projekten einverleibt und damit zerstört wurden.<sup>11</sup> Alle diese Projekte endeten im wirtschaftlichen Desaster, meist sogar in Hungersnöten, vermochten also das Überleben des Systems nicht zu garantieren.

In der sozialwissenschaftlichen Debatte über das Ende des „realen Sozialismus“ in den Jahren 1989/90 wird von einer ganz anderen Perspektive ausgegangen: Das System wird nicht hinsichtlich seines historisch wirksam gewordenen Entdifferenzierungspotentials und damit von seiner Genesis her betrachtet, sondern es wird mit den hochdifferenzierten westlichen Gesellschaften verglichen. Diese Sichtweise hat, da das System in der Konkurrenz mit diesen Gesellschaften gescheitert ist, zweifellos ihre Berechtigung. Davon ausgehend besteht weitgehender Konsens, daß die strukturelle Ursache für dieses Scheitern die Entdifferenzierung gesellschaftlicher Subsysteme war<sup>12</sup> – eine Folge des Versuchs der Partei, alle gesellschaftlichen Teilbereiche zu steuern. Diesen politischen Anspruch kann man als totalitär bezeichnen.<sup>13</sup> Allerdings hat Detlef Pollack dazu ein

- 11 Vgl. Edward Hallett Carr: *A History of Soviet Russia. The Bolshevik Revolution*, 3 Bde., Harmondsworth 1966; Walter Süß: *Die Arbeiterklasse als Maschine. Ein industrie-soziologischer Beitrag zur Sozialgeschichte des aufkommenden Stalinismus. Philosophische und soziologische Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin Bd. 22*, Wiesbaden 1985; Barbara Barnouin und Yu Changgen: *Ten Years of Turbulence: The Chinese Cultural Revolution*, London u. a. 1993; Ben Kiernan: *The Pol Pot Regime. Race, Power, and Genocide in Cambodia under the Khmer Rouge, 1975–79*, New Haven und London 1996.
- 12 Am prägnantesten vertritt Sigrid Meuschel diese These; vgl. dies.: *Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 19 (1993) 1, S. 5–14; ähnlich M. Rainer Lepsius: *Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR*, in: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr (Hrsg.): *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, S. 17–30; Wolfgang Merkel: *Warum brach das SED-Regime zusammen? Der „Fall“ (der) DDR im Lichte der Demokratisierungstheorien*, in: Ulrike Liebert und Wolfgang Merkel (Hrsg.): *Die Politik zur deutschen Einheit. Probleme – Strategien – Kontroversen*, Opladen 1991, S. 19–49.
- 13 Weniger eindeutig als die Konnotation des Adjektivs „totalitär“ ist die des Substantivs „Totalitarismus“. Es gibt bekanntlich eine Reihe von konkurrierenden und sich gegenseitig ausschließenden Definitionen des „Totalitarismus“. Als sein Wesensmerkmal werden – um nur einige zentrale Positionen zu erwähnen – bezeichnet: der Terror (Hannah Arendt), die revolutionäre Dynamik (Richard Löwenthal), die Verwendung „moderner Technik“ im Dienste einer Diktatur (Carl J. Friedrich) und die politisch gewollte Entdifferenzierung gesellschaftlicher Subsysteme (Sigrid Meuschel). Vgl. als neuerer Über-

gewichtiges Argument formuliert: „Die DDR war gerade durch die Gegenläufigkeit von funktionaler Differenzierung und politisch induzierter Homogenisierung gekennzeichnet.“<sup>14</sup> Zwischen dem Fortbestand von funktionalen Subsystemen wie Wirtschaft, Recht und Wissenschaft und ihrer Unterordnung unter ein Primat der Politik bestand ein permanentes Spannungsverhältnis. Dieses wurde um den Preis von „Modernisierungsverzügen“<sup>15</sup> – also von Verlusten im nicht nur ökonomischen internationalen Wettbewerb, dem sich die sozialistischen Länder spätestens seit den siebziger Jahren nicht mehr zu entziehen vermochten – aufrechterhalten, war aber nicht aufzuheben.

## Die Widersprüche der Diktatur

Von einem totalitarismustheoretischen Ansatz ausgehend, ist das Machtzentrum dieser Diktatur als „eigentümliche Mischung oligarchischer, autokratischer und bürokratischer Elemente“<sup>16</sup> beschrieben worden. Aus dieser Diagnose, die auf nachgeordnete Ebenen gleichermaßen zutreffen dürfte, wäre zu folgern, daß ein dem Gegenstand adäquates Verständnis der Funktionsmechanismen und der Entwicklungsphasen dieses Systems nur dann möglich ist, wenn man die Akteure und ihre jeweiligen Interessen genauer bestimmt, die Regeln, nach denen ihr Zusammenspiel ablief, herausarbeitet, die äußeren Einflüsse, denen sie ausgesetzt waren, und die internen Machtverhältnisse analysiert. Solche Fragen sind am ehesten anhand historischer Situationen zu beantworten, in denen es zu Konflikten kam. Dank des heutigen Aktenzugangs ist es jetzt mit größerer Aussicht auf valide Ergebnisse als früher möglich, Widersprüche zwischen Apparaten und Teilbürokratien zu analysieren, den regulativen Gehalt von Normengefügen wie Parteistatuten, Ministerratsgesetzen oder Verfassungen, aber auch von plakativen Selbstdarstellungen wie „Monolithismus“ oder „Einheit von Partei- und Staatsführung“ hinsichtlich des realen Funktionierens des Machtgefüges herauszuarbeiten, sowie der Spannung von politischer und sozialer Praxis zu den Normen des Systems nachzugehen. Das sind eminent

blick Eckhard Jesse (Hrsg.): Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996.

14 Detlef Pollack: Religion und gesellschaftlicher Wandel. Zur Rolle der evangelischen Kirche im Prozeß des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR, in: Hans Joas und Martin Kohli (Hrsg.): Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Frankfurt/M. 1993, S. 246–266, hier 247f.

15 Detlef Pollack: Ursachen des gesellschaftlichen Umbruchs in der DDR aus systemtheoretischer Perspektive, in: Wolf-Jürgen Grabner u. a. (Hrsg.): Leipzig im Oktober, Berlin 1990, S. 12–23, hier 15; ebenso Jürgen Kocka: Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, 7.10.1994, B 40/94, S. 34–45.

16 Brunner: Staatsapparat, S. 1028.

interessante Fragestellungen, weil wir über das innere Funktionieren von Diktaturen im allgemeinen und von kommunistischen Diktaturen im besonderen noch zu wenig wissen. Ein unter diesem Aspekt besser abgesicherter Erkenntnisstand wäre nicht nur ein Gewinn für unser historisches Verständnis, sondern würde auch helfen, die Aktionsmöglichkeiten gegen diktatorische Zumutungen besser kalkulieren zu können. Eine Entscheidung für einen bestimmten Forschungsansatz ist mit dieser Fragestellung nicht präjudiziert. Vertreter einer totalitarismustheoretischen Position müssen (sofern sie nicht eine Identität von totalem Anspruch und Realität diktatorischer Herrschaft unterstellen) an ihrer Beantwortung ebenso interessiert sein<sup>17</sup> wie Sozialhistoriker, die den bewußt unbestimmten Terminus „moderne Diktatur“<sup>18</sup> präferieren und nach den „Grenzen der Diktatur“<sup>19</sup> fragen.

Die Konzentration auf Widersprüche der Diktatur ist eine heuristische Entscheidung, die keineswegs allen Beiträgen zu diesem Band zugrunde liegt, und die in Abhängigkeit vom Thema unterschiedlich hilfreich ist. Sie enthält keine Aussage über den Gegenstand außer der, die Diktatur sei zumindest nicht so reibungslos zentralistisch durchstrukturiert gewesen, daß eine Suche nach solchen Konstellationen von vornherein erkennbar vergeblich wäre. Umgekehrt liegt diesem Ansatz auch die Annahme zugrunde, daß die Großbürokratien, aus denen sich unter Leitung der Partei das politische System zusammensetzte, eigene Interessen etwa an finanziellen und personellen Ressourcen und eine spezifische Interpretation der Probleme des Gesamtsystems und ihres jeweiligen Beitrags zu deren Lösung entwickelt hätten.<sup>20</sup> Diese Perspektive muß natürlich kombiniert werden mit dem Blick auf das Zusammenspiel der einzelnen Teile der Diktatur im Zeichen des absoluten Machtanspruchs der Partei.

In der Geschichte der Diktatur waren die Artikulationsmöglichkeiten und Durchsetzungschancen bürokratischer Teilinteressen verschieden stark ausgeprägt, wobei ein linearer Entwicklungstrend im nachhinein nicht erkennbar ist. In den sechziger Jahren waren diese Chancen in der Sowjetunion oder der DDR wahrscheinlich größer als in den siebziger und achtziger Jahren. Andererseits bleibt auch ein in die Latenz gedrückter Konflikt um Codes und Interessen ein Konflikt. Interviews mit ehemaligen

17 Bezogen auf die UdSSR vgl. Boris Meissner und Georg Brunner (Hrsg.): Gruppeninteressen und Entscheidungsprozeß in der Sowjetunion, Köln 1975.

18 Jürgen Kocka: Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Historische DDR-Forschung, Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 9–26, hier 24.

19 Richard Bessel und Ralph Jessen (Hrsg.): Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996.

20 In der Sowjetforschung grundlegend war in dieser Beziehung das Buch von Skilling und Griffith, dessen Rezeption freilich daran krankte, daß die Existenz bürokratisch verfaßter Partialinteressen mit den systemfremden Begriffen „Interessengruppen“ und „Pluralismus der Eliten“ beschrieben wurde, womit diese Gemengelage unter Hegemonie der Partei in der Tat wenig zu tun hatte. Vgl. H. Gordon Skilling und Franklyn Griffith (Hrsg.): Pressure Groups in der Sowjetunion, Wien 1974 (zuerst Princeton 1971).

Wirtschaftsfunktionären der DDR zeigen, daß das Ergebnis eine lähmende Blockade war.<sup>21</sup> Gerade solch latent gehaltene Konflikte, deren Artikulation auf unterer bürokratischer Ebene, spätestens bei der Kollision mit dem Parteiapparat, erstickt wurde oder versackte, sind jetzt überhaupt erst wissenschaftlicher Analyse zugänglich. Der Steuerungsanspruch der Partei war zu verschiedenen Zeiten gegenüber unterschiedlichen Subsystemen nicht immer gleich ausgeprägt. Während etwa die Wirtschaft in der Ära Honecker unter der eisernen Kuratel von Günter Mittag's ZK-Abteilung stand, existierten zur gleichen Zeit im kulturellen Bereich größere Spielräume, weil der Parteiapparat (und die Staatssicherheit) zwar über eine Fülle negativer Sanktionsmöglichkeiten verfügte, es aber nicht gelungen war, nach dem Scheitern des „Bitterfelder Weges“ positive Steuerungsinstrumente für künstlerische Produktivität zu entwickeln, die wirklich gegriffen hätten.

Wenn man nach Widersprüchen im Machtapparat fragt, ist jedoch – so könnte man argumentieren – das Ministerium für Staatssicherheit das schlechteste Beispiel, weil kein anderer Teil des Staatsapparates ähnlich eng mit der Partei verwoben war.<sup>22</sup> Unterstellt das trifft zu, wofür nicht nur die Selbstdarstellung als „Schild und Schwert der Partei“ spricht, wäre allerdings die Untersuchung des Verhältnisses von SED und MfS zugleich die beste Probe auf die Hypothese, es habe Widersprüche im Machtzentrum gegeben, aus denen Wesentliches über diese Diktatur zu erfahren sei. Widersprüche aus bürokratischen Ressortinteressen und Konsens im grundsätzlichen Ziel der Sicherung der Parteidiktatur schlossen einander nicht aus. Welche Seite jeweils überwog, hing sowohl vom Stand der Institutionalisierung der Diktatur ab als auch von der konkreten historischen Konstellation.

## Forschungsergebnisse

Eingeleitet wurde die Tagung mit einem Vortrag, der von vornherein verhinderte, daß sich der Blick allzu sehr auf das Herrschaftsgefüge verengte. Aus der Sicht eines Zeitzeugen wurde geschildert, wie die Allgewalt der Partei und das Gefühl steter Gegenwart des Staatssicherheitsdienstes das Leben in der DDR geprägt hatten. *Jens Reich* trug einen Text vor, den er in den achtziger Jahren zur Selbstverständigung zu Papier gebracht, in Bürgerrechtskreisen diskutiert und 1988 erstmals unter Pseudonym im

21 Vgl. Theo Pirker, M. Rainer Lepsius, Rainer Weinert und Hans-Hermann Hertle: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995.

22 Darauf hat schon H. Arendt hingewiesen: „Die einzige Institution, in der Staatsmacht und Parteiapparat zusammenzufallen scheinen [...] ist die Geheimpolizei.“ Arendt: Elemente, S. 182.

Westen veröffentlicht hatte. Bei diesem Essay, der hier, um eine aktuelle Vorbemerkung ergänzt, erneut abgedruckt wird, handelt es sich um seismographische Aufzeichnungen aus dem Leben eines Intellektuellen unter den Bedingungen der Diktatur.

Im ersten fachthematischen Beitrag analysiert *Norman Naimark*, der als westlicher Forscher in Moskauer Archiven Pionierarbeit geleistet hat, Motive und Ziele sowjetischer Sicherheitspolitik in Deutschland. Er verdeutlicht, welche besatzungsrechtlichen Grenzen dem Parteiwillen in den ersten Nachkriegsjahren gesetzt waren. Damals wurden Entscheidungen getroffen, die die spätere Entwicklung in der DDR wesentlich bestimmten. Die wichtigste war, der Sicherheitspolitik Vorrang einzuräumen – auch vor weiterreichenden deutschlandpolitischen Interessen der Sowjetunion. Gefördert wurden speziell jene Funktionäre in der KPD/SED, die als besonders zuverlässige Vertreter sowjetischer Sicherheitsinteressen galten. Andere, die etwa für eine auf Verständigung mit dem Westen zielende Deutschlandpolitik hätten nützlich sein können, sahen sich so schon früh ins zweite Glied gedrängt. Selbst die Arbeitsweise des späteren Ministeriums für Staatssicherheit wurde in diesen Jahren vorgeprägt: Die sowjetischen Geheimdienstoffiziere bedienten sich deutscher Zuträger und nutzten deren Informationen für die Lageberichte an die KPdSU-Spitze.

Daß die Besatzungsmacht auch noch in den fünfziger Jahren die Sicherheitspolitik der SED kontrollierte und speziell gegenüber dem Ministerium für Staatssicherheit ein Weisungs- und Vetorecht hatte, ist zunehmend in Vergessenheit geraten. *Roger Engelmann* weist nach, wie weit der Einfluß der sowjetischen „Freunde“ reichte. Das Stalinsche Primat der Sicherheit prägte nicht nur die sowjetische Besatzungsherrschaft in Deutschland, es präjudizierte die Innenpolitik in der DDR. Das gilt insbesondere für die fünfziger Jahre, in denen die Sowjetunion durch „weitgehende Weisungs- und Vetorechte“ direkten Einfluß auf die Tätigkeit des MfS nahm. Die Anweisungen der sowjetischen Besatzungsoffiziere standen manchmal im Widerspruch zu dem, was die SED-Spitze wollte. So blockten sie nach dem 17. Juni 1953 den Versuch der Partei ab, sich mehr direkte Einflußmöglichkeiten auf den Geheimdienst zu sichern, ihn nicht nur unter politischen, sondern auch unter fachlichen Gesichtspunkten zu kontrollieren. Entscheidungen des Zaisser-Nachfolgers Wollweber, die später von Ulbricht zum Anlaß genommen wurden, auch dessen Absetzung zu betreiben, hatten die „Freunde“ befürwortet: den Ausbau der „Aufklärung“ in der Bundesrepublik zulasten der Inlandsüberwachung und das speziell an seinen Stellvertreter Mielke adressierte Verbot, am Minister vorbei Informationen an die Parteiführung zu liefern. Daß letztlich doch Ulbricht als Sieger aus diesem Konflikt hervorging, dokumentiert das Schwinden des sowjetischen Einflusses in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre.

*Peter Erler* stellt, speziell auf die Akten des ehemaligen Zentralen Parteiarchivs der SED gestützt, die historischen Wurzeln und die Ziele der Sicherheitspolitik von KPD/SED in den Jahren vor der Gründung der DDR dar, sowie Herkunft und Rekrutierung der Leitungskader. Er vergleicht die entscheidenden Partei- und Verwaltungsinstitutionen und gewichtet insbesondere die Bedeutung der Personalpolitischen Kommission im Zentralsekretariat und der Deutschen Verwaltung des Innern.

Den Aufbau des parteiinternen Kontrollapparats in diesen Jahren untersucht *Thomas Klein*. Er geht der Frage nach, welche Sicherheitsprobleme die Parteiführung im raschen Anwachsen der SED zu einer Massenpartei sah, wo sie eine tatsächliche oder potentielle parteiinterne Opposition ausmachte und wie sie dagegen vorging. Dabei wird die oft tragische Geschichte der Aktivisten linker Splittergruppen ins Gedächtnis zurückgerufen, die die Nazizeit überlebt hatten und deren Versuche, in der SED neu zu beginnen, nun zur Warnung für alle Parteimitglieder brutal unterdrückt wurden. Im Mittelpunkt seiner Analyse des Repressionsapparates steht das Wirken der Zentralen Parteikontrollkommission, die für Disziplinierung und Gleichschaltung der Partei eine noch größere Bedeutung hatte als die Staatssicherheit.

Der Frage, welche Rolle die Parteiorganisation im MfS hatte, geht *Silke Schumann* nach und untersucht die Frühgeschichte des Ministeriums bis zum Amtsantritt Erich Mielkes als Staatssicherheitsminister. Sie arbeitet die enge Verflechtung von Partei- und geheimdienstlichen Strukturen im Ministerium und auf unterer Ebene heraus. Gerade die Frage, welche Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten die territorialen Parteileitungen gegenüber den regionalen Diensteinheiten des MfS haben sollten, war zwischen Staatssicherheit und SED-Führung lange umstritten. Ein weiteres Problem betraf das Verhältnis von operativer und politischer Arbeit im Staatssicherheitsdienst. Wollweber hatte Anfang 1956 festgelegt, worüber in Parteiversammlungen innerhalb des Ministeriums diskutiert werden durfte und worüber nicht. Seine Anweisung kam, so *Silke Schumanns* Befund, „de facto einem Verbot“ gleich, in Parteiversammlungen über die operative Arbeit zu reden. Letztlich definierte der Minister den internen Beratungsspielraum der Partei und wahrte so das Eigeninteresse der Institution gegenüber den Kontrollansprüchen der Partei. Was die SED-Gliederungen im MfS tatsächlich bewirkten, untersucht die Autorin anhand der disziplinarischen Überwachung, der Kaderarbeit und der politischen Schulung.

Mit einem speziellen Aspekt der Kaderpolitik im Staatssicherheitsdienst befaßt sich der Beitrag von *Jens Gieseke*. Er überprüft wiederholt aufgestellte Behauptungen, im Ministerium für Staatssicherheit seien frühere Mitglieder der NSDAP beschäftigt gewesen, zum Teil sogar in leitenden Positionen, und es gebe eine personelle Kontinuität zwischen NS-Terror-

organisationen und dem DDR-Geheimdienst. Das Ergebnis seiner akribischen Recherche sei hier nicht vorweggenommen.

In den sechziger Jahren kam es um das Verhältnis Partei und Staatssicherheitsdienst erneut zu Auseinandersetzungen, die von *Siegfried Suckut* dargestellt werden. Im Verlauf der zweiten Entstalinisierungsdebatte nach dem XXII. Parteitag der KPdSU wurde die Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes von der Abteilung für Sicherheitsfragen im ZK der SED erstaunlich scharf kritisiert und – letztlich erfolglos – ein Umdenken im Umgang mit den Bürgern angemahnt. Die Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Partei und Geheimdienst war zu dieser Zeit noch immer strittig. Ulbrichts Vertrauensmann Mielke vertrat gegenüber dem ZK-Apparat selbstbewußt und erfolgreich die von ihm definierten Interessen des MfS und erkannte offenbar nur die Autorität des Ersten Sekretärs der Partei vorbehaltlos an. Das Selbstverständnis des Geheimdienstes als „Generalkontrollbeauftragter“ der Partei stand im Gegensatz zu dem von der SED definierten Auftrag, sich auf die Abwehr von „Feindtätigkeit“ zu beschränken und die Kontrollaktivität drastisch einzuschränken. Nicht aus Illoyalität gegenüber der Partei, sondern als ihr übereifriger Erfüllungshelfer hatte es sich der Staatssicherheitsdienst zur Aufgabe gemacht, im Staatsapparat überall dort einzugreifen, wo – nach seiner Einschätzung – die Politik der SED nicht engagiert genug unterstützt wurde und Parteibeschlüsse unbeachtet blieben. Das war eine Entwicklung, die für die Partei nicht ungefährlich war, konnte so doch eine Art konspirativ arbeitende Nebenregierung entstehen, die sich für alles zuständig fühlte, der Kontrolle durch die Partei aber nur begrenzt zugänglich war.

Zu Beginn der sechziger Jahre reorganisierte die SED ihre Sicherheitspolitik und schuf mit dem Nationalen Verteidigungsrat ein neues zentrales Entscheidungs- und Leitungsgremium. Der Nationale Verteidigungsrat löste die „Sicherheitskommission“ des Politbüros ab, durch die Staatsorgane unmittelbar der Anordnungsbefugnis eines Parteiorgans unterstellt gewesen waren; er war formell dem Staatsrat, also dem Staatsapparat, zugeordnet. *Armin Wagner* untersucht, welchen Charakter der Verteidigungsrat tatsächlich hatte, wie er zusammengesetzt war, womit er sich befaßte, und welche Bedeutung die MfS-Tätigkeit in seinen Beratungen hatte. Dank der jetzt zugänglichen Akten kann nun Genaueres über dieses Gremium ausgesagt werden, das von 1960 bis 1989 für die Leitung der „bewaffneten Organe“ zuständig und dessen Wirken weithin geheimgehalten worden war.

In den Beiträgen von Karl Wilhelm Fricke und Clemens Vollnhals wird dargestellt, wie sich die SED ihres Instrumentes Staatssicherheit im Justizwesen der DDR bediente, um, etwa in Strafverfahren, ihren politischen Willen durchzusetzen. *Karl Wilhelm Fricke* rekonstruiert anhand ausgewählter Beispiele aus unterschiedlichen Perioden der DDR-Geschichte,

wie das MfS Einfluß auf politische Strafverfahren nahm. Aus den Akten läßt sich in vielen Fällen exakt rekonstruieren, wie Partei und Geheimdienst kooperierten, um zu den gewünschten Ergebnissen zu gelangen. *Clemens Vollnhals* konzentriert sich in seinem Beitrag auf die Ära Honecker und untersucht die Rolle des Staatssicherheitsdienstes als strafrechtliches Untersuchungsorgan. Er analysiert die Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Geheimdienst und wertet Statistiken aus, die über Zahl und Gründe der eingeleiteten Verfahren Auskunft geben. Deutlich wird die dominierende Rolle, die das Ministerium in politischen Verfahren spielte, und die Willkür, mit der oft ermittelt und verurteilt wurde.

Zwei Beiträge setzen sich mit Aspekten der friedlichen Revolution im Herbst 1989 auseinander. Der Frage, wie Parteiführung und Staatssicherheitsdienst nach dem Beginn des Umbruchs taktierten, wie eng der Kontakt zwischen beiden noch war und wie sich die „Tschekisten“ verhielten, als die SED ihrer „führenden Rolle“ auch für überzeugte Anhänger des Regimes unübersehbar nicht mehr gerecht wurde, geht *Walter Süß* nach. Er arbeitet heraus, wie sich die Machthaber den veränderten politischen Rahmenbedingungen anzupassen versuchten, wie die traditionellen Feindbilder verblaßten, die Waffen des Geheimdienstes ihre Wirkung verloren und wie dieser vergeblich versuchte, der Lage durch den Einsatz von inoffiziellen Mitarbeitern Herr zu werden.

*Hans-Hermann Hertle* rekonstruiert das Ereignis, das faktisch das Ende der SED-Sicherheitspolitik einleitete: die Öffnung der Mauer am 9. November. Erst die minutiöse Untersuchung des Entscheidungsprozesses in der SED-Führung macht nachvollziehbar, wie es möglich war, daß eine Regelung offiziell verkündet wurde, die so von den Entscheidungsträgern gar nicht beabsichtigt war. Deutlich wird das Fehlen jeglicher Absprache zwischen den „Grenzorganen“, insbesondere den MfS-Offizieren, und den Verantwortlichen in der Partei – ein eindrückliches Zeugnis des Zerfalls des alten Machtapparates. Letztlich entscheidend war aber auch in dieser Situation der Mut der Bürger, deren Druck auf die Grenzübergänge den Sicherheitsorganen vor Ort keine andere Wahl ließ als die Schlagbäume zu öffnen.

Die beiden letzten Beiträge befassen sich mit übergreifenden Fragestellungen. *Klaus-Dietmar Henke* vergleicht die Funktion der Geheimpolizei in beiden deutschen Diktaturen und verweist auf eine Vielzahl von Parallelen. Er prüft zudem die Validität der Befunde Hannah Arendts zum Wesen totalitärer Herrschaft für die späte DDR. Die geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung der SED-Diktatur, so sein Fazit, bestätige die Richtigkeit der frühen Aussagen Arendts zum Charakter dieser Herrschaftsform und nicht zuletzt auch ihre Überzeugung, die menschliche „Spontaneität“, die Fähigkeit zu selbständigem Denken, der Eigensinn der Menschen, führe notwendig zum Scheitern totalitärer Politikansätze.

Im Unterschied zu diesem anthropologischen Ansatz umreißt *Lutz Niethammer* in seinem abschließenden Beitrag eine Mentalitätsgeschichte der DDR. Dieser Essay, der in wesentlich erweiterter Fassung den vorliegenden Band abschließt, ist zugleich ein Entwurf zu einer historischen Soziologie des Verhältnisses von Partei und Bevölkerung. Er analysiert die Voraussetzungen der SED-Herrschaft und untersucht die politische Sozialisation der „FDJ-Generation“, aus der die Leitungskader vorwiegend stammten. Gefragt wird nach den bestimmenden Komponenten des Verhältnisses von SED und Bevölkerung, nach der sozialen Prägung der Partei und den Wirkungen, die der hohe organisatorische Erfassungsgrad, das ausgeprägte Prämien- und Belohnungssystem, die lebenslange Buchführung in den Kaderakten, die unzulängliche Befriedigung der materiellen Interessen und die anfangs noch offene Grenze hatten. Diskutiert werden auch die innergesellschaftliche Funktion des Staatssicherheitsdienstes und die Gründe für seine Machtlosigkeit angesichts des massenhaften Bürgerprotests im Herbst 1989. Niethammers oft prägnante Thesen sind als Diskussionsangebot gedacht und könnten die Debatte um den Charakter der SED-Herrschaft wesentlich bereichern.

## Zum Verhältnis von Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte

Die abschließende Podiumsdiskussion, die hier nicht dokumentiert wird und die deshalb etwas ausführlicher referiert werden soll, befaßte sich mit dem Verhältnis von Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR. Ist eine solche Unterscheidung, bezogen auf die „durchherrschte Gesellschaft“<sup>23</sup> der DDR und auf staatssozialistische Systeme im allgemeinen, überhaupt sinnvoll? In der Debatte über die Geschichte der DDR ist das – und mehr noch, wie diese Differenz zu fassen sei – durchaus strittig.<sup>24</sup> Nach der intensiven Diskussion vorwiegend empirischer Befunde an den Tagen zuvor schien es sinnvoll, mit Überlegungen zu übergreifenden, auch für die Bestimmung des Verhältnisses von Staatspartei und Staatssicherheit wichtigen theoretischen Fragen zu schließen. Auf dem Podium diskutierten Sigrid Meuschel (Universität Leipzig), Ralph Jessen (Freie Universität Berlin), Armin Mitter (Humboldt-Universität Berlin), Hermann Weber (Universität Mannheim) und Walter Süß (Abteilung Bildung

23 Vgl. Jürgen Kocka: Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka und Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 247–253.

24 Vgl. Sigrid Meuschel: Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft, 19 (1993) 1, S. 5–14; Ralph Jessen: Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft, 21 (1995) 1, S. 96–110.

und Forschung der Behörde des Bundesbeauftragten). Die Moderation lag bei M. Rainer Lepsius (Wissenschaftszentrum Berlin).

Das Verhältnis von Herrschaftssystem und Sicherheitsapparaten werde, so M. Rainer Lepsius zu Beginn, durch die jeweilige Definition von Konformität und das sich daraus ergebende Maß abweichenden Verhaltens bestimmt: „Je höher und rigider die Konformitätsbestimmung in einem Regime ist, zum Beispiel in den uns vor Augen stehenden Regimen des Nationalsozialismus und der kommunistischen Einparteienherrschaft, um so wahrscheinlicher müßte es sein, daß abweichendes Verhalten zunimmt.“ Ein Herrschaftssystem, das keine Öffentlichkeit kenne und dem es an intermediären Strukturen mangle, müsse den Spielraum für abweichendes Verhalten sehr eng definieren. In einem solchen Regime gelte jede Abweichung als Opposition und jede Opposition als illoyal. Die „Rigidität der Konformitätsbestimmung“ führe notwendig zu einer Ausdehnung des Repressionsapparates. „Je höher nun die Disloyalitätsunterstellung abweichenden Verhaltens ist, um so wahrscheinlicher ist die Sanktionierung dieses Verhaltens bzw. die präventive Verhinderung des Auftretens dieses Verhaltens. Das ist der Spielraum der Entwicklung des terroristischen Staatssicherheitssystems als Unterdrückungssystem und des postterroristischen Regimes, in dem die Prävention zunahm, die antizipatorische Zersetzung.“

In ihrem Einleitungsstatement erläuterte *Sigrid Meuschel* in sechs Thesen, warum ihres Erachtens Gesellschaft im Sozialismus sowjetischen Typs vom Parteistaat her gedacht werden müsse. Erstens habe der „totalitäre Anspruch“ des Parteistaates, „die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in all ihren Aspekten zu planen und zu steuern“, die Gesellschaft selbst verändert. Mit diesem „hypermodernen“ Projekt sei zweitens eine „Abkehr von dreierlei Entwicklungssträngen der westlichen Moderne“ verbunden gewesen: eine „Abkehr von den Institutionen der demokratischen Repräsentation und Partizipation, von der auf Privateigentum und Markt basierenden kapitalistischen Ökonomie, und von autonomer Kultur“. Das Ausmaß der Durchsetzung des Herrschaftsanspruchs des Parteistaates und der damit verbundenen „funktionalen Entdifferenzierung“ sei freilich in der Geschichte der DDR unterschiedlich gewesen: Am stärksten war sie in der Phase des „antifaschistischen Stalinismus“. Auf sie folgte in den sechziger Jahren im Zuge der Reformpolitik von oben eine „partielle Redifferenzierung“. In den siebziger und achtziger Jahren kam es zu einer erneuten Entdifferenzierung, der es jedoch infolge des inzwischen eingetretenen Utopieverlustes an politischer Überzeugungs- und damit Durchschlagkraft fehlte, und die zudem begleitet war von „Ansätzen zur Verrechtlichung“ und einer „Re-Autonomisierung von Wissenschaft, Literatur und Kunst“. Drittens sei – erklärte Sigrid Meuschel in Präzisierung ihrer

pointierten Formulierung vom „Absterben der Gesellschaft“<sup>25</sup> im Sozialismus – „Gesellschaft als öffentlicher Raum“ zerstört worden, denn es fehlte an „aggregierten sozialen und politischen Interessenstrukturen“ und entsprechenden „Artikulations- und Organisationschancen“. Viertens sei es zu einem hohen Maß sozialer Gleichheit im Sinne einer „Homogenisierung der Gesellschaft“ gekommen. Dieser Prozeß sei durchaus auch auf Grenzen gestoßen, doch aus der Existenz „sozialstruktureller, arbeitsteiliger, professioneller usw. Differenzierungen“ allein lasse sich nicht auf einen „Eigensinn des Sozialen“ (Ralph Jessen) schließen. Da sich, fünftens, die Homogenisierung nur auf „Gesellschaft als öffentliche Sphäre“ beziehe, während die private Sphäre erhalten bleibe, ja als „Rückzugsgebiet“ sogar stärker ausgeprägt sei als in westlichen Gesellschaften. Hier lasse „die Eigensinnigkeit von Sozialen sich am ehesten, wenn auch mehr oder weniger politisch kanalisiert, aufspüren“, wengleich sie immer gefährdet sei, nicht nur durch Politik und Staatssicherheit, sondern vor allem durch „die einfache alltägliche Versuchung des Opportunismus“. Aus diesen Thesen folge sechstens, daß Gesellschaftsgeschichte die „Geschichte der bewußten Gegenwehr gegen die funktionale Entdifferenzierung“ (Zivilgesellschaft) sei.

In seinem Korreferat sprach sich *Armin Mitter* ebenfalls dafür aus, die Gesellschaft der DDR vom Herrschaftssystem her zu analysieren. Er widersprach jedoch der These, die DDR-Gesellschaft sei „stillgelegt“ gewesen. Zwar habe eine Entdifferenzierung stattgefunden, doch gab er zu bedenken: „Andererseits haben sich aber neue Strukturen herausgebildet. Und damit entsteht auch so etwas wie Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit können Sie beispielsweise feststellen in den Stasiakten, in dem umfangreichen Berichtssystem. Dieses Berichtssystem war nichts anderes, als der Herrschaftsoligarchie eine Öffentlichkeit nutzbar zu machen.“ Mitter plädierte dafür, mit Kocka von einer „durchherrschten Gesellschaft“ zu sprechen, ihre konkrete Ausprägung in unterschiedlichen historischen Entwicklungsphasen etwa entlang der Achsen Herrschaft und Disziplinierung zu untersuchen und den internationalen wie den innerdeutschen Kontext einzubeziehen. In der DDR-Gesellschaft habe es keine „autonomen Bereiche“ gegeben, wohl aber hätten sich schon früh „Substrukturen“ entwickelt. Auch eine Herrschaftsgeschichte, so Mitter zum methodischen Ansatz, könne sozialen Wandel erfassen. Es gebe in der DDR-Geschichte Beispiele dafür, daß aufgrund von Herrschaftsinteressen sozialer Wandel inauguriert wurde. Damit werde der „Vorwurf gegenüber der Totalitarismustheorie“, sie sei zu „statisch“, widerlegt.

Die DDR-Entwicklung sei losgelöst von der Geschichte der Sowjetunion

25 Vgl. Sigrid Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945 – 1989, Frankfurt/M. 1992, S. 10.

nicht zu verstehen, warnte *Hermann Weber*. Das Ziel des Projekts sei ursprünglich gewesen, „eine bessere Gesellschaft“ zu schaffen. Doch zu dem Zeitpunkt, als dieses System auf Deutschland übertragen wurde, hätten sich die Mittel zu diesem Zweck, „Machteroberung und Machtsicherung“, längst verselbständigt und die Herrschaftsapparate seien „zum Entscheidenden überhaupt“ geworden. Zu fragen sei nach den Motiven und Prägungen der Akteure, die in den kommunistischen Parteien einem enormen Konformitätsdruck ausgesetzt waren, und den Strukturen, die diese Entwicklung erst möglich gemacht haben. Bei allen Veränderungen im einzelnen seien die „Herrschaftsmechanismen, die Herrschaftsmethoden und die Strukturen“, die sich in der DDR in den fünfziger Jahren herausgebildet hatten, danach im wesentlichen doch unverändert geblieben.

Wenn man einen allgemeinen Begriff der staatssozialistischen Systeme entwickeln wolle, dann dürfe man den Untersuchungsgegenstand nicht auf die vierzig Jahre DDR beschränken, da die Geschichte des Systems 1917 begann. Vor diesem breiteren Hintergrund – so die Argumentation von *Walter Süß* – werde erst sichtbar, welches Entdifferenzierungspotential dem kommunistischen System eigen war und welchen relativen (Ent-)Differenzierungsgrad etwa die DDR erreicht hat. Als Beispiel zur Verdeutlichung des historischen Wandels führte er an: In der Sowjetunion der frühen dreißiger Jahre sei tatsächlich versucht worden, wirtschaftliches Handeln vollständig durch Parteirationalität zu diktieren, was zu absurden Ergebnissen geführt habe. So brachte eine komplett aus den USA importierte Fabrik in der von der Partei dominierten sowjetischen Industrieorganisation nur zwei Prozent der früheren Produktivität. Das Ergebnis war, daß man von solchen radikalen Formen monolithischer Parteirationalität abgehen mußte. Auch wenn es danach – etwa in der chinesischen Kulturrevolution – weitere Versuche radikaler Entdifferenzierung gegeben habe, sei dieser Ansatz damit doch historisch erledigt gewesen. Danach – und damit auch in der DDR – „gab es immer nur eine blockierte, gehemmte und der Parteirationalität unterworfenen Eigenrationalität der Subsysteme, aber keine wirkliche Aufhebung der Differenzierung“. Das beinhalte Widersprüche, die es bei der Analyse der unterschiedlichen Phasen von DDR-Geschichte zu berücksichtigen gelte. So wie man die Entwicklung des Systems nur bei Betrachtung seiner Gesamtgeschichte angemessen interpretieren könne, so sei auch das jeweilige Verhältnis zur internationalen Umwelt mitzubedenken. Das Informationsmonopol etwa, das in der Argumentation *Hannah Arendts* eine wichtige Rolle spielte, gehörte vor allem in den letzten Jahrzehnten der DDR wegen der Existenz westlicher Medien zu den nicht einlösbaren Ansprüchen des Regimes – mit gravierenden Folgen für die Beherrschbarkeit des Denkens.

Den Ansatz, „die DDR-Gesellschaft als eine politisch-konstruierte Gesellschaft, als eine in gewisser Weise am grünen Tisch entworfene und

durchkonstruierte Gesellschaft zu beschreiben und zu analysieren“, hielt *Ralph Jessen* unter Bezug auf *Sigrid Meuschel* für durchaus vielversprechend. Drei Fragenkomplexe seien dabei von besonderem Interesse: Erstens, „den phantastischen Vorgang der politischen Konstruktion einer Gesellschaft“ durchsichtig zu machen. Zweitens, den Konflikt zwischen diesem Projekt und der Resistenz älterer Milieus und überkommener mentaler Prägungen, auf die *Niethammer* hingewiesen hatte, aufzuarbeiten, und „die Mischung, die diese Reste mit dem Neuen eingehen“, zu analysieren. Und drittens sei das „fundamentale Strukturproblem“ zu untersuchen, „daß diese politisch konstruierte, formierte Gesellschaft den politischen Konstrukteuren wieder als neue Wirklichkeit und als selbstgeschaffener Problemkomplex entgegentritt, der die Konstrukteure überfordert.“ So habe die Partei, die die Arbeiterschaft zur „herrschenden Gruppe des Systems“ stilisiert hatte, nach dem 17. Juni 1953 deren sozialer Befriedigung Priorität einräumen müssen und sich deshalb noch in den siebziger und achtziger Jahren zu einer Politik gezwungen gesehen, die den Staatsbankrott gefördert habe. Bezogen auf die Ausgangsfrage nach dem Verhältnis von Herrschaft und Gesellschaft bedeute das: „Der Versuch, die Gesellschaft totalitär durchzustrukturieren, provoziert Folgen, die dann auf das Regime zurückwirken und seine Handlungsmöglichkeiten begrenzen.“

Nach dieser ersten Diskussionsrunde auf dem Podium wurden in der weiteren Debatte mit den anderen Tagungsteilnehmern Probleme angesprochen und Fragen aufgeworfen, die hier nur stichwortartig wiedergegeben werden können. So wurde die Charakterisierung des Staatssozialismus als „moderne“ Gesellschaft bestritten, denn – so *Peter Dietrich* – „modern ist eine Gesellschaft, die die Vehikel und Maßstäbe ihrer Selbstwahrnehmung selbst produziert, und modern ist zweitens eine Gesellschaft, die die in den letzten dreihundert Jahren bewiesene höhere Produktivität der Freiheit auf allen Gebieten, vor allem in der Wirtschaft, nutzt und nicht zerschlägt“. Diskutiert wurde ferner die Frage nach der Fruchtbarkeit des Totalitarismus-Ansatzes bei der Analyse der DDR-Geschichte. Hier sprach sich *Klaus-Dietmar Henke* für eine vorurteilsfreie Prüfung aus: „Was ist brauchbar und was nicht?“ Wiederaufgegriffen wurde die Debatte über die Bedeutung der Ideologie: Gab es seit Ende der sechziger Jahren einen „Utopieverlust“ (*Sigrid Meuschel*), oder war die Ideologie längst davor zur bloßen „Legitimationswissenschaft“ (*Hermann Weber*) verkommen? Welche Bedeutung hatte in der Spätphase die Repression: War sie für die Opposition relativ kalkulierbar geworden, oder dominierte im Bewußtsein noch immer Unsicherheit, weil man fürchtete, daß das Regime zu alten Praktiken zurückkehren könnte? Gab es gar eine „Subtilisierung des Terrors“? Welches Terrain sollte die historische Analyse vorrangig sondieren? Sind es „die Grau- und Mischzonen aus öffent-

lich und privat, aus politisiert oder nicht politisierbar, nicht mehr politisiert usw., in denen die Eigensinnigkeit von Sozialem sich am ehesten, wenn auch mehr oder weniger politisch kanalisiert, aufspüren läßt“? (Ralph Jessen)

In seinem Schlußwort warnte *M. Rainer Lepsius* vor einer Überschätzung der endogenen Kräfte des Systems. Ohne die Sowjetunion, einschließlich ihrer Vorgeschichte seit 1917, sei DDR-Entwicklung nicht zu verstehen. Problematisch sei, zweitens, der Vergleich zwischen dem NS- und dem DDR-Regime. Er zwingt zu außerordentlicher methodischer Sorgfalt. Die zu vergleichenden Elemente müßten so ausgewählt werden, daß sie „kompatibel analysierbar“ seien. In Frage kämen kleinteilige Komplexe, nicht die Regime insgesamt. Historisch handele es sich um „völlig unterschiedliche Situationen“, unterschiedliche Verlaufsprozesse, Dauer und Verbrechensgehalte. Die Gegenüberstellung sollte nicht aufgegeben werden, „aber man sollte mit größter Skrupulösität fragen, was vergleiche ich womit?“, um nicht der Gefahr der Ideologisierung zu erliegen. Nur wenn der Vergleich möglichst konkret ansetze, könne die NS-Forschung für die DDR-Forschung eine Hilfe sein. Der Moderator stellte schließlich den Sinn einer Unterscheidung zwischen Gesellschafts- und Herrschaftsgeschichte in Frage, weil sie zu Gegenständen hypostasieren, was in Wirklichkeit soziale Prozesse seien. Es gehe um Probleme wie etwa die Legitimität eines Herrschaftssystems oder die Produktivität in Betrieben, in denen politisch gesetzte Strukturen als verhaltensstrukturierende Rahmenbedingungen und tatsächliches Verhalten ineinandergriffen.

Insofern ist die Forschungsperspektive entscheidend, und die Fragen determinieren die Antworten. Hinsichtlich der Antworten, die bereits gefunden worden sind, waren die Einschätzungen in dieser Debatte bemerkenswert uneinheitlich. Der Position, daß das Wesentliche bekannt sei, stand die Auffassung gegenüber, die Forschung zur DDR-Geschichte stehe erst ganz am Anfang und durchlebe nun alle produktiven Krisen von vierzig Jahren NS-Geschichtsschreibung gewissermaßen simultan. Welcher Auffassung man auch immer zuneigen mag, die folgenden Beiträge belegen, daß es noch neue und interessante Antworten gibt, aber auch viele offene Fragen.

*Siegfried Suckut und Walter Süß*



*Jens Reich*

## Sicherheit und Feigheit – der Käfer im Brennglas

*Zur Einstimmung auf unsere Tagung hatten wir Jens Reich gebeten, seinen bekannten Essay über die Wahrnehmung der Staatssicherheit vorzutragen. Dieser Text war in den achtziger Jahren als Versuch der Selbstverständigung entstanden und 1985 erstmals im „Freitagskreis“ verlesen worden, einem Diskussionszirkel von Bürgerrechtlern, die sich regelmäßig bei Eva und Jens Reich trafen. Im Jahre 1989 war er dann in der Zeitschrift „Lettre International“ unter dem Pseudonym „Thomas Asperger“ veröffentlicht worden. Die Reaktion auf die Lesung zeigte, daß der Text als Zeitzeugnis neue Aktualität gewonnen hat: Er vermochte – natürlich aus der Sicht eines Bürgerrechtlers – die Atmosphäre jener späten Jahre der DDR wachzurufen und auch denen, die nichts ähnliches erlebt haben, eine „Bewußtseinslage im Schatten der Stasi“ beklemmend nahezubringen.*

*Die Herausgeber*

### Vorbemerkung

Dieser Vortrag ist seit Jahren das erste Mal, daß ich öffentlich über die Stasi und SED rede. Es war im Jahre 1993, als ich mir verordnete, eine Pause einzulegen und jede Meinungsäußerung abzulehnen. Ich hatte mehrere Gründe: Erstens, mir mißfiel, daß es in der Öffentlichkeit fast stets nur um Enthüllungen und Beschuldigungen einzelner Personen ging. Zweitens, ich fand, daß das MfS im Verhältnis zu den anderen politischen Institutionen der DDR zuviel Aufmerksamkeit erhielt – so als sei die DDR eine Art Diktatur der Stasi gewesen. Drittens, ich fand und finde, daß der ganze Komplex nicht als Medien-Marktgeschrei, sondern als ernsthafte, historische Untersuchung abgehandelt werden sollte. Dabei ist in Kauf zu nehmen, daß es weniger sensationell und oft eher dröge aussehen würde. Und da ich selbst weder Zeit noch Auftrag hatte, mich mit den Quellen zu beschäftigen, sondern nur aus Erinnerung und Sekundärliteratur schöpfen konnte, schien es mir zweckmäßig, zu anderen Fragen und mit mehr Kompetenz öffentlich zu urteilen.

Ich fühle mich heute nicht gerade inkompetent, bin im Gegenteil interessiert und belesen, besorge mir jeden originellen Beitrag zur Geschichte der DDR und des Ostblocks, räume auch gern ein, daß ich keinen Zeitungsartikel über die Stasi überschlage, auch nicht die, die sich mit Perso-

nenanklagen befassen. Aber es bleibt doch dabei, daß ich interessierter Beobachter, nicht selbst Beitragender bin. Allenfalls ein Zeitzeuge unter vielen.

Es scheint mir auch, daß die Hektik aus den Themen SED und MfS verschwunden ist. Wir können heute historisch über die DDR verhandeln. Sie ist auch als Spukgespenst vergangen. Die verbreitete Nostalgie ist Trotz und Protest gegen die jetzigen Zustände, soll die Herrschenden provozieren, sammelt diejenigen, die nach 1990 nicht zurechtgekommen sind. Alte Seilschaften kann ich in meiner Lebens- und Arbeitsumgebung nicht erkennen; sie mögen existieren – aber auch ihr Erfolg ist ein Ergebnis der vergangenen sechs Jahre, mit Wurzeln in die DDR zurück, aber ein neues Phänomen in neuer Umgebung.

Es ist jetzt Zeit, *sine ira et studio*, ohne alle Aufgeregtheit über SED und MfS und all die anderen Phänomene der DDR-Zeit zu reden. Und ein Teil dieser Untersuchung ist ihre Wahrnehmung im Bewußtsein einzelner, ist der Inhalt des kollektiven Bewußtseins. Die subjektive Widerspiegelung, wie es zu DDR-Zeiten hieß.

Wer sich an diese Aufgabe macht, wird auf erhebliche methodische Schwierigkeiten stoßen. Die Wahrnehmung heute ist verzerrt durch den gewaltigen Einfluß, den die öffentlichen Medien auf diesen Prozeß ausüben. Wir haben es mit Zerrspiegelung von Widerspiegelung zu tun. Umfragen und andere empirische Verfahren werden die Entzerrung dieser vermittelten Abbildungen nicht leisten können. Und ich selbst, der ich das quellenkritische und sozialpsychologische Arsenal nicht benutze, bin zurückgeworfen auf mein subjektives Bewußtsein.

Für die Wahrnehmung damals gilt, daß die öffentlichen Medien nur geringen Einfluß auf die Bewußtseinslage ausübten und außerdem propagandistische Widerspiegelungsaufträge hatten. Wie das Volk zu Zeiten des hochmittelalterlichen Kathedralenbaus über die Herrschaftsinstitutionen dachte, das werden wir nicht aus Thomas von Aquins „*Summa theologiae*“ erfahren. Wie das Volk über SED und Stasi dachte, dazu gibt es keine direkten Quellen: Wir werden allenfalls indirekte Schlußfolgerungen ziehen können. Zum Beispiel, wenn das MfS beschloß, sichtbar aufzutreten, um auf Gruppenbildungen zersetzend zu wirken. Oder umgekehrt, seine Reaktion auf Verletzung der Konspiration. Oder im Falle der SED, wenn „Stimmungen und Meinungen“ entgegengewirkt wurde. Direkte Bewußtseinsäußerungen werden selten oder verzerrt sein, weil ja gerade in der Manipulation des Bewußtseins (in der Spätzeit nur noch der Bewußtseinsäußerungen) die Herrschaftsausübung bestand. Erinnerung, oral history, ist trügerisch, weil der heutige Wahrnehmungsstand den erinnerten beeinflusst. So bin ich als Vortragender, als historischer Dilettant, also auf meine eigenen Wahrnehmungen verwiesen, und zwar auf ihre Äußerung oder Darstellung zur gegebenen Zeit und unter Bedingungen, die

taktische Veränderungen ausschlossen. Ich selbst habe nur wenig Tagebuch geführt, aber zur DDR-Zeit und nachher regelmäßig Essays zum Vorlesen und zur Selbstverständigung im Freitagskreis geschrieben. Beim Wiederlesen wird mir klar, daß ich diese Texte heute nicht mehr aus der Erinnerung so schreiben könnte. Ich muß mich an das halten, was ich damals gesagt oder aufgeschrieben habe. Allenfalls die taktischen Beimengungen lassen sich nachträglich durch kritische Analyse herausfiltern.

SED und Stasi haben heute jeden Nimbus von bedrohlicher, einsatzbereiter Macht verloren und sind ins satirische Buffofach gewechselt. Ich nehme diesen Szenenwechsel am deutlichsten wahr, wenn ich mit Menschen diskutiere, die keine Erfahrung mit dem Phänomen haben: Bundesbürger etwa, die keine Berührung mit dem Osten hatten, oder Jugendliche, die zu jung dafür sind. Es ist leicht, komische Stories zu erzählen, aus den Akten eine konspirative Wohnungsdurchsuchung etwa zu beschreiben, die bis in alle Einzelheiten vorbereitet war und mehrere Dutzend Zuarbeiter in Hilfs- und Überwachungsfunktionen beschäftigt hielt und dann daran scheiterte, daß die 16jährige Nichte in der Nacht zu Besuch angereist war und auf das Klingelzeichen der Einbruchs- und Untersuchungsgruppe hin verschlafen und nichtsahnend die Tür öffnete und die ganze Unternehmung scheitern ließ. Stasi als genasführter Tolpatsch, Partei als hohler Phrasendrescher, der Staatsfunktionär als versoffene Lachnummer, das kommt gut an, bringt ein befreites, aufgeklärtes Lachen in die historische Analyse, schneidet die Vergangenheit auf Normalgröße zurecht.

Alles gut so. Wir dürfen lediglich nicht vergessen, daß die Vergangenheit so komisch nicht war, als sie Gegenwart war. Welche subversive Energie beispielsweise dazu gehörte, ein Lied wie Wolf Biermanns entlarvend freches, satirisches „Die Stasi ist mein Eckermann!“ auszudenken und dann tatsächlich laut vorzusingen.

Was ich Ihnen jetzt vortragen werde, ist ein Text zur Selbstverständigung. Er ist über viele Jahre hin entstanden, zuletzt 1988 ausformuliert und – pseudonym – im Westen veröffentlicht worden. Ich ändere kein Wort, obwohl ich heute vieles zu ändern hätte. Besonders erstaunt bin ich darüber, daß wir noch an die Möglichkeit glaubten, die Stasi zu „zivilisieren“. Ich möchte dazu heute anmerken, daß das ein ordentliches Stück Illusion war, gepaart mit Hoffnung: Anders konnten wir uns eine erträgliche Gestaltung des politischen Lebens in einer Nach-Perestrojka-DDR gar nicht vorstellen. Wir standen damals unter dem Eindruck, daß unter Gorbatschow Teile des KGB sich kooperationsbereit im Sinne einer Aufarbeitung von Vergangenheit und parlamentarischer Anbindung der Spionageabwehr und eines Verfassungsschutzes gaben. Die Alternative, die 1989/90 stattfand, nämlich die totale Auflösung des Ostblocks, ohne daß ein Schuß fiel, und die Freigabe der DDR zur Vereinigung, die war komplett außerhalb unserer Vorstellungskraft. Daß Geschichte derart total unerwartet

und überraschend verlaufen kann, das ist mir heute Angstvorstellung ebenso wie Hoffnung.

Doch jetzt zu dem alten Text. Ich tauche ein in meinen Wahrnehmungszustand der achtziger Jahre.

## Sicherheit und Feigheit – der Käfer im Brennglas<sup>1</sup>

*„Den Sklaven tropfenweise aus sich herauspressen“  
(Tschekow)*

**Reine Empfindung.** Ich kann keine Fakten beibringen. Niemand nennt mir den Etat der Staatssicherheit oder die Anzahl regulärer und informeller Mitarbeiter, niemand zeigt mir die Aktenschränke. Zu ihren Datenbanken habe ich keinen Zugriff. Die Gebäude aber sind unübersehbar und grau, wie Kulissen: Fassaden mit Fenstern, keine Gardinen. Nur Fläche, ohne Tiefe – reine, plane Sinnesempfindung.

Wie ein kratzendes Unterhemd spüre ich die Sicherheit, ein stets vorhandenes Unbehagen, von dem man aber für kurze Zeit abgelenkt werden kann. Im Gedächtnis wird es als abstrakte Wesenheit gespeichert, als Wissen, nicht als lebendige Mißempfindung. Von Kindestagen an war immer die Sorge im Hintergrund, obwohl ich für einen gegebenen Zeitpunkt (irgendwann: damals) nur undeutlich weiß, welche Befürchtung jeweils akut war.

Es ist wie beim Grenzzoll: Man hat immer etwas zu verbergen. Stets hat man etwas geliehen, gelesen, geschrieben, gehört, gesagt, mitgeschnitten, weitergegeben, nicht gemeldet, geduldet, befördert, begründet, mißachtet, übertreten. Du bist wie ein Kind, das die Hand auf dem Rücken versteckt, wenn man es scharf ansieht. Sofort hat es Angst: Bin ich jetzt erwischt worden, will man mich bestrafen? Wofür?

**Herzklopfen.** Ich bin schweigende Mehrheit, stumm, hypnotisiert: wie das Kaninchen vor der Schlange. Das Herz klopft bis zum Halse, wenn die Schlange sich zu rühren anschickt, anzuschicken scheint.

Vor dem Basiliskenblick der Sicherheit bewegen wir uns betont ungewollt, wie auf der Gartenparty beim Freund, der die riesige Dogge hat: Es besteht keine unmittelbare Gefahr, aber man hat das Tier stets im Augenwinkel. Mit schnellem Blick sucht man sich zu vergewissern, daß es nur so ins Leere starrt und uns nicht fixiert.

Bewegt sich etwas auf mich zu, Begegnung, Anruf, Gespräch, Befragung, Vorladung – so entsteht im zentralen Nervensystem ein fulminantes

1 Dem Hanser-Verlag München danken wir für die Genehmigung zum Abdruck dieses Textes.

Rückkopplungspfeifen. Im Fluge durchheilt man alle Äußerungen, Handlungen, Ereignisse, Varianten, Wahrnehmungen, Vorsichtsmaßnahmen, Kühnheiten, Gedankenlosigkeiten und kreist wie toll um ein mögliches Netz, um ein drohendes Schlageisen. Hektische Impulse aktivieren in chaotischer Abfolge die möglichen Verhaltensmuster: Verweigerung? Flucht? Verstecken? Untertauchen? Attacke? Wütendes Abstreiten? Verstocktes Schweigen? Beredte Erklärung? Demutsgebärden und beflissene Einsicht?

Ist alles vorüber, so versteht man die eigene Aufregung nicht mehr. Man erzählt es anderen, übertreibt den Vorfall (ohne den Emotionssturm verständlich machen zu können), kann Scherze treiben und verdrängt die Einzelheiten. Liest man später das Gedächtnisprotokoll, so staunt man über die vergessenen Details.

**Herkunft der Angst.** Das alles sieht aus wie ein Mechanismus, der im Unterbewußtsein verhakt ist. Ich kann den Auslöser zur Probe betätigen. Gewisse Seiten aus Koestlers „Sonnenfinsternis“. Oder Solshenizyns „Erstem Kreis“. Die Angst ist auch sofort da, wenn mir der Moskauer Freund vom Klingel- und Klopfsturm morgens um sechs Uhr erzählt, zur Zeit des Terrors. Niemand in der kommunalen Wohnung wußte, wem es gelten würde, alle waren fast besinnungslos vor Angst. „Gott sei Dank, es brennt nur!“, soll jemand laut einer alten Anekdote erleichtert gerufen haben, nachdem er sich ein Herz gefaßt und die Tür geöffnet hatte.

Bei Berichten über Gestapo und Reichssicherheitshauptamt kann ich kühler bleiben. Offenbar ist meine Angst vor der Sicherheit vor allem ein Erbeil aus der Stalinzeit.

**Beflissenheit.** Neben der Angst siedelt die Feigheit vor der Behörde. Der Zwang zum Wohlverhalten, das kluge Ins-Schneckenhaus-Gehen. Eine Mischung aus gebückter Haltung und Totstellreflex. Dieser Drang zur Harmonie mit der Obrigkeit ist mein deutsches Erbeil, in der Kindheit eingeübt. Mit Angst vor der Sicherheit vereint, richtet das den Sklaven in meiner Seele auf. Macht aus mir den DDR-Bürger im Mauselloch.

Was ich beschreibe, ist nicht nur meine private Neurose. Wahn- und Angstvorstellungen aller Ausprägungsgrade sind uns gemeinsam und prägen das gesellschaftliche Verhalten. Jeder richtet sich auf seine Weise damit ein, zwischen öffentlicher Beflissenheitsübung und privatem Schneckenhaus.

Die wirksamsten Dienste leistet die Staatssicherheit dabei durch ihr bloßes Vorhandensein, nicht durch Aktionen. Es löst den Feinmechanismus der Selbstzensur aus, dem unser Bewußtseinsinhalt unterworfen wird, wenn er öffentlich vorgezeigt werden soll. Die Selbstzensur wirkt als ein Netz von Reflexen, das alle Äußerungen schon im Ansatz „entgiftet“ und auf Konfliktvermeidung absucht. Wir bemerken solche Meidbewegungen vor allem bei den anderen, seltener bei uns selbst. Unauffällige Aus-

weichmuster, im Gespräch: ein Thema zielsicher beiseiteschweigen. Oder mit einem Scherzwort wie zufällig wechseln. Eine Platte auflegen, den Fernseher einschalten. Sich auf „das Wesentliche“ konzentrieren. Eine These ausgewogen, nicht „überspitzt“ formulieren wollen. Den Diskussionsbeitrag „nicht so emotional“ gestalten. Reizworte vermeiden oder in Anführungszeichen setzen. Den Sachverhalt „in seiner Komplexität“ oder (altmodischer) „dialektisch“ sehen ...

Neben den Ausweichbewegungen beim Aussprechen der Meinung wird auch ihr Inhalt eingefärbt. Man balanciert auf drei rollenden Kugeln: die eigene Meinung, die Meinung, die die Freunde hören wollen, und das, was man dem gegebenenfalls lauschenden Ohr noch zumuten kann. Sagst du etwa: Wenn wir Demokratie erreichen wollen, dann müssen auch wir unser verbogen-verklemmtes Feindbild „Sicherheit und Polizei“ abrüsten – sofort bist du unter Anbiederungsverdacht. Es sieht so aus, als hättest du das Gewicht auf die dritte Kugel verlagert, um das Gleichgewicht zu sichern.

Die Selbstzensur ist nicht schwer zu durchschauen, aber die Einsicht ist unbequem, und man drängt sie lieber ins Unbewußte ab. Man spricht ungern darüber; jeder weiß Bescheid und schämt sich uneingestanden. Der westliche Gast dagegen trampelt ohne Absicht mit naiven Fragen durch den Porzellanladen; er bemerkt nicht, daß ihn die Gesprächspartner, einander beäugend, mit kunstvollen Schleifen umtänzeln. Die Geübten unter uns, mit Westreiseerfahrung, sind im Rededuktus vollendet westlich; „heiße Eisen“ (die freigegebenen!) werden furchtlos angefaßt: nur wir Eingeweihten registrieren, wie elegant er die Tretminen vermeidet.

Selbstzensur ist ein veredelter Kotau: demütiges Schweißwedeln des Untertanen als souveräne Taktik verkleidet.

**Le Marais.** Zur Jakobinerzeit nannte man uns den „Sumpf“. Wir bleiben in der Mitte. Es fehlt an Courage. Man mäßigt die Wortwahl, die Handlungen. Die schroffe Aggressivität der Ausgegrenzten, der Aussteiger, der „Ausreiser“ stößt ab. Durch Provokation ist nichts zu erzwingen, so sagt man sich – man ist der Schwächere. Besser im Dialog an die Vernunft appellieren. Den Bogen nicht überdehnen. Die Reform kann schließlich nur von oben kommen, das zeigt doch das sowjetische Beispiel. Mit der Brechstange kommst du nicht durch. Wenn die Perestroika kommt, dann mußt du am Platze sein, nicht abgebrannt irgendwo abseits, ausgeschlossen. Verdeckt hier Klugheit die Feigheit?

Weil du aber lau bist und weder warm noch kalt, werde ich dich auspeien aus meinem Munde (Offb. 3,16).

**Phobie.** Ungefährdet sind diejenigen, die keine politischen Interessen haben. Das Westprogramm ist nicht mehr verboten, sogar erwünscht (wer die Euro-Show sieht, geht nicht zur Mahnwache!), und die Unzufriedenheit über Alltagsmängel findet im unfrohen Gemecker ausreichend Ventile.